Ziele der medizinischen Notfallversorgung in der Stadt Genthin

Die Stadt Genthin sucht seit der Schließung des Krankenhauses nach einer Lösung zur medizinischen Notfallversorgung ihrer Bürgerinnen und Bürger.

Viele Gespräche wurden geführt, Demonstrationen als Mittel zur Bekanntmachung des Anliegens genutzt, die Kontaktaufnahme zu den Landtagsabgeordneten, die fachlich in die Thematik involviert sind, erfolgte, der Kreistag und der Landrat haben sich mit einem Grundsatzbeschluss positioniert und eine breite Öffentlichkeitsarbeit wurde initiiert.

Mit einem Modellprojekt sollen neue Wege beschritten werden.

Es gilt nicht, eine bereits bestehende Form in Genthin zu implantieren, sondern viele Ansätze, die gerade jetzt, auch in den Zeiten der Pandemie, für die Gesundheitsversorgung diskutiert werden, sind mit in das Projekt aufzunehmen.

Die politischen Zielstellungen der Landesregierung bieten eine mögliche Sicherung des Bedarfs. Mit den Aussagen in der Koalitionsvereinbarung wird das Anliegen der Stadt Genthin gestärkt, die da lautet „Zur Absicherung der Gesundheitsversorgung in allen Teilen des Landes werden neue Versorgungsmodelle (zum Beispiel ambulant-stationäre Gesundheitszentren) umgesetzt ... Für Modelle und zur Anschubfinanzierung werden neben der Finanzierung durch die Kostenträger auch Landesmittel bereitgestellt.“

Die Umsetzung des Vorhabens ist nun rechtsicher auf den Weg zu bringen.

Ein Schreiben der Stadt Genthin an die Ministerin, Frau Grimm- Benne, mit der Bitte um Unterstützung ist bereits herausgegangen (siehe Anlage).

Folgende Bedarfe sind im Rahmen der Erstellung einer Projektskizze als Basis für die Umsetzung eines Modellprojektes zu prüfen:

- Es soll keine 24/7 Notfallversorgung eingerichtet werden, sondern eine, einem geschätzten Bedarf, angemessene Verfügbarkeit (z.B. in der Woche von 16-22 Uhr und am Wochenende von 10-17 Uhr) als Notfallambulanz.
- Die Einrichtung dieser Anlaufstelle soll in einer bestehenden Praxis erfolgen.
- Die Ausstattung der Praxis mit technischen Geräten für die Diagnose und die Behandlung von ambulant zu versorgenden Befunden soll nach neuestem Standard erfolgen.
- Die computergestützte Technikausstattung muss die Schaffung von telemedizinischen Zugängen und die Nutzung von Bots einbinden.
- Die Kooperation mit dem örtlichen Rettungsdienst muss Bestandteil des Projektes sein, denn nur so können mögliche Synergien erschlossen werden. Qualifizierte Notfallsanitäter könnten die Fachpersonalebene stärken.
- Die Funktionalität D-Arzt ist wieder für Genthin zu installieren.

- Geprüft muss ebenfalls werden, inwieweit Strukturen des kassenärztlichen Notdienstes genutzt werden können.
- Zur Sicherstellung kurzzeitigen Pflegeaufwandes sind die Möglichkeiten der Kooperation mit den örtlichen Pflegediensten zu prüfen.
- In Anlehnung an andere Bundesländer ist zu Sicherung der Erreichbarkeit der ambulanten Notfallambulanz eine Einbindung der örtlichen Beförderungsdienste in ein Rufsystem anzustreben.

Als nächste Schritte sind folgende Aufgaben zu realisieren:

Die Abstimmung der Verfahrensweise muss mit dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung vorgenommen werden. Der Landrat sollte dazu mit der Ministerin ein Gespräch führen.

Die Möglichkeiten der Umsetzung des Modellvorhabens und die dauerhafte Sicherung der Leistung sind mit der Kassenärztlichen Vereinigung zu besprechen. Ein Projektkoordinator ist für die Umsetzung des Projektes einzusetzen.

Die regionale ärztliche Fachexpertise ist in geeigneter Form einzubinden.

Auf der Basis von Zuwendungsbescheiden ist die Finanzierung der Projekterstellung zu regeln.

Der Landkreis Jerichower Land ist als kommunale Gebietskörperschaft der übergeordnete Interessenvertreter der Kommunen, da die Problemstellung nicht nur für die Stadt Genthin gilt. Der Landkreis ist der Garant für kreisweite Lösungen und für die Nutzbarkeit in anderen Kommunen und Bundesländern.

Die niedergelassenen Ärzte in Genthin sind über das Projekt zu informieren und für eine Mitwirkung zu gewinnen.

Es besteht die Bereitschaft, das Projekt als kommunales Gemeinschaftsprojekt mit anderen Regionen unseres Landes, die in einer ähnlichen Situation sind, in enger Kooperation und als gemeinsamer Träger zu bearbeiten.

Die Region Havelberg sollte auf Grund ähnlicher Probleme unbedingt beteiligt werden.

Das Land hätte dann zwei Problemregionen, die eine Lösung anstreben, um ihren Bürgerinnen und Bürgern eine angemessene Notfallversorgung zu gewähren, eine realistische Perspektive aufgezeigt.

Das Vertrauen in die Politik kann so gestärkt werden.